

Statement von Hans-Alois Kirf anlässlich der Pressekonferenz zum Tag „X“ am 23. Juni in der VSU.

Überleitung von Dr. Weber

Vielen Dank Herr Dr. Weber.

Meine Damen und Herren,

die Schulpolitik gehört zu den zentralen Themen, wenn es gilt, den Auswirkungen des demografischen Wandels, der Migration und der sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft in Bezug auf den drohenden Fachkräftemangel wirkungsvoll entgegenzutreten.

Die neue Landesregierung sollte den bereits begonnenen Weg einer Qualitätsoffensive an den Schulen in den kommenden Jahren beherzt fortsetzen. Dabei sind für uns folgende Maßnahmen vorrangig:

- Ein **früher Lernbeginn**, der bereits in den Kindergärten einsetzt. Dadurch soll eine größtmögliche Chancengleichheit vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Herkunft gewährleistet werden. Vor allen geht es uns darum, Defizite im Sprachverständnis und die Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache zu beseitigen.
- Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die **Herabsetzung des Einschulungsalters**. Wir schlagen deshalb vor, innerhalb der nächsten 12 Schuljahre jedes Jahr die Altersgrenze der Schulpflicht um einen Monat vorzulegen.
- Als notwendig erachten wir eine **bessere personelle Ausstattung** vor allem in den Grundschulen und eine bessere Lehrerfortbildung.

- Der **Ausbau der Ganztagschulen** und Ganztagskindergärten müsste weiter intensiviert werden, da unserer Ansicht nach, sich gerade für Kinder aus den oben genannten Problembereichen, ein höheres Bildungsniveau erreichen lässt.
- Es ist eine alte Erkenntnis, dass mehr Qualität dauerhaft vor allem durch höhere Motivation und mehr Eigenverantwortung entsteht. Deshalb **mehr Freiheit für die Schulen** und mehr Wettbewerb zwischen ihnen. Der bereits in einigen Schulen begonnene Modellversuch sollte deshalb umgehend in Gänze umgesetzt werden.
- Generell muss mehr Geld in die Bildung investiert werden. Das, was man aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen sowie durch Reduktion konsumtiver Ausgaben einsparen kann, muss konsequent in die Bildung eingebracht werden.

Das **Schulsystem** muss an der Schnittstelle zur beruflichen Ausbildung den Unternehmen in ausreichender Zahl qualifizierte, ausbildungsreife und motivierte Bewerber zur Verfügung stellen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die **Förderung des Mittelstandes**.

Nach wie vor ist die mittelständische Industrie und das mittelständische Handwerk im Saarland noch unter-repräsentiert.

Hier hat in letzter Zeit schon eine günstigere Entwicklung stattgefunden, vor allem deshalb, weil Wirtschaft und Landesregierung gut zusammenarbeiten, insbesondere was die Förderung des Mittelstandes betrifft.

Die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur muss dennoch weiterhin absolute Priorität haben. Dieses Ziel sollte auch die nächste Landesregierung fest im

Blick haben und intensiv an der Umsetzung arbeiten. Herr Dr. Weber hat dazu bereits schon Wesentliches gesagt.

In Anbetracht der schwierigen Lage des Mittelstandes ist es mir aber wichtig, nachdrücklich noch einmal darauf hinzuweisen.

Für die Zukunft kommt es weiterhin darauf an, die Mittelstandsförderung trotz der angespannten Haushaltslage auf hohem Niveau fortzuführen. Dabei ist es erforderlich, auch die Instrumente der Förderung gezielt weiter zu entwickeln.

Sowohl in der Innovationsförderung als auch in der weiteren Vernetzung der Unternehmen auf Branchenebene sollten zusätzliche Akzente gesetzt werden. Der Erfolg der jüngsten Branchennetzwerke wie „Health care“ und die gezielte Unterstützung der Bergbauzulieferer bei der Erschließung ausländischer Absatzmärkte zeigen, dass wir bereits auf dem richtigen Weg sind.

Ein weiteres Thema, das uns intensiv beschäftigt, ist die **Unternehmerlücke im Saarland**. Hier haben die Organisationen der Wirtschaft eine Vielzahl von Aktivitäten in ihrem Angebot, die allein dem Ziel dienen diese Lücke zu schließen. Ich erinnere nur an die verschiedenen Existenzgründerseminare, Infotage und Beratungsangebote.

Dennoch fehlen im Saarland, gemessen am Bundesdurchschnitt, rein rechnerisch rund 6.000 kleine und mittlere Unternehmen. Es ist daher unerlässlich, dass die saarländische Wirtschaftspolitik weiter an ihrem Ziel festhält, diese Lücke zu schließen.

In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig dazu aufzufordern, dass in den Schulen auch verstärkt ein positives Unternehmerbild vermittelt wird. Seine Funktion als aktiver Wirtschaftsfaktor sollte objektiver dargestellt werden.

Die Unternehmerlücke zu schließen, darauf zielen auch die Saarland Offensive für Gründer (SOG) und die Instrumente der finanziellen Gründerförderung, wie sie von der SIKB und der Bürgschaftsbank Saarland angeboten werden. Diese Instrumente gilt es gezielt weiter zu entwickeln.

Meine Damen und Herren,

noch ein Letztes von meiner Seite. Es ist an der Zeit, dass den **Kommunen bei der wirtschaftlichen Betätigung** klare Grenzen gesetzt werden. Aus Sicht der Wirtschaftsorganisationen sollte einer Kommune nur noch dann eine wirtschaftliche Betätigung erlaubt sein, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert. Sie muss nachweisen, dass eine Leistung nicht ebenso gut und wirtschaftlich von privaten Unternehmen erbracht werden kann.

Wir erwarten daher von der künftigen Landesregierung, dass sie die Novellierung des KSVG rückgängig macht und darüber hinaus den Paragraphen 108 KSVG restriktiver fasst. Nur auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass die private Wirtschaft wirksam vor einem unfairen Wettbewerb durch kommunale Unternehmen geschützt wird, bzw. sichergestellt wird, dass sie bei Verlusten aus solchen Aktivitäten mit erhöhten Steuern (Gewerbesteuern) oder Abgaben belastet wird. Es darf einfach nicht sein, dass hier der saarländischen Wirtschaft eine öffentlich geförderte Konkurrenz erwächst. Und hier halten wir es nach dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“.

Ich darf jetzt an Herrn Weisweiler weitergeben.

DH-18-6-09